

02.12.1998

## Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

zu den Gesetzentwürfen  
der Landesregierung



**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz 1999)**

**Einzelplan 15 - Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport**  
- Drucksachen 12/3300, 12/3400 und 12/3550 -  
- Vorlagen 12/2223 und 12/2224 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

**Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge**

### Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 15 bezogen auf den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses: Kapitel 15 010, Kapitel 15 020, Kapitel 15 030, Kapitel 15 041, Kapitel 15 110, Kapitel 15 120, Kapitel, Kapitel 15 330, Kapitel 15 900 - wird mit den sich aus dem Bericht ergebenden Änderungen angenommen.

## **Bericht**

### **Allgemeines**

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge hat in seinen Sitzungen am 16. September, am 21. Oktober, am 11. November, am 25. November sowie am 02. Dezember 1998 den Einzelplan 15 - Zuständigkeitsbereich des Ausschusses - die Kapitel 15 010, 15 020, 15 030, 15 110, 15 120, 15 041, 15 330, und 15 900 beraten.

Als Vorlagen sind zu den Haushaltsgesetzentwürfen der Landesregierung an den Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge eingegangen:

Vom Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, 12/2223  
Kultur und Sport 12/2224

Von den Berichterstattern  
an den Haushalts- und Finanzausschuß (Einzelplan 15) 12/2415

Die vorgenannten Vorlagen lagen den Ausschußmitgliedern als Beratungsunterlagen vor.

In der Sitzung am 16. September 1998 erfolgte die Einführung in den Gesetzentwurf für das Haushaltsgesetz 1999 durch das Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport. In der Sitzung am 21. Oktober 1998 wurde die Einzelberatung zu Kapitel 15 030 durchgeführt. In der Sitzung am 11. November 1998 wurden - unter Einbeziehung der 1. Ergänzungsvorlage (Drucksache 12/3400) die Kapitel: 15 010, 15 020, 15 041, 15 110, 15 120, 15 330, 15 900 sowie der Personalhaushalt zum Einzelplan 15 (allgemein) - detailliert beraten. In der Sitzung am 25. November 1998 erfolgte eine weitere Einzelberatung der Haushaltsansätze unter Berücksichtigung der Veränderungen durch die 2. Ergänzungsvorlage - Drucksache 12/3550 - zu den Kapiteln: 15 010, 15 020, 15 030, 15 041, 15 120 sowie 15 330.

In der Sitzung am 02. Dezember 1998 erfolgte die abschließende Beratung und Abstimmung, auch über Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 15.

### **Einzelberatung**

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge stimmte in seiner Sitzung am 02. Dezember 1998 über die Änderungsanträge der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der CDU sowie unter Berücksichtigung der angenommenen Änderungsanträge zum Einzelplan 15 - Zuständigkeitsbereich des Ausschusses - ab.

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge nahm den Einzelplan 15 für seinen Zuständigkeitsbereich unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse mit den Stimmen der Fraktion der SPD und den Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU an.

In der Sitzung am 02. Dezember 1998 hat der Abgeordnete Daniel Kreutz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) folgende persönliche Erklärung im Anschluß an die Gesamtabstimmung abgegeben, die auf Wunsch der Ausschußmitglieder im Wortlaut in diesem Bericht wiedergegeben werden soll:

"Mit der Zustimmung zum Einzelplan 15 - soweit er der Beratungszuständigkeit unseres Ausschusses unterfällt - habe ich dem mehrheitlichen Willen meiner Fraktion entsprochen.

Nach meiner persönlichen Überzeugung als Abgeordneter halte ich indes den Einzelplan 15 auch in der durch die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen veränderten Form nicht für zustimmungsfähig. Zu dieser Einschätzung veranlaßt mich insbesondere das Kapitel 15 030 - Arbeitsmarktpolitik -.

- Die Ergebnisse der Haushaltsverhandlungen zwischen den Koalitionsfraktionen lassen nicht erkennen, daß der bisher vereinbarte Finanzierungsrahmen für die Erprobungsphase des erfolgreich angelaufenen Programms 'Soziale Wirtschaftsbetriebe' erhalten werden kann. Aufgrund fehlender Verpflichtungsermächtigungen muß zudem der Nutzen der Bar-Anhebung zweifelhaft erscheinen.
- Aufgrund der Ergebnisse der Haushaltsverhandlungen zwischen den Koalitionsfraktionen kann gleichfalls nicht nachvollzogen werden, daß sie sich weiterhin der Aussage der Koalitionsvertrages verpflichtet fühlen: "Das Programm 'Arbeit statt Sozialhilfe' wird weitergeführt und ausgebaut." Gesamtvolumen und beabsichtigte Verwendung der Verpflichtungsermächtigung reichen zur Durchfinanzierung von 3 300 neuen Förderfällen nicht aus; der Ausfall von 800 Stellen am Ende 1998 bleibt ohne Kompensation.

Dies steht für mich in dem Zusammenhang, daß - entgegen der allfälligen Betonung führender VertreterInnen der Koalition, die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit sei oberste Priorität der Landespolitik - die Landesmittel für aktive Arbeitsmarktpolitik auch über die beiden genannten Programme hinaus erheblich abgesenkt werden.

Ich bitte die Mitglieder des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales um Verständnis - hilfsweise um Nachsicht -, daß diese Entwicklung nach meiner persönlichen Auffassung in die entgegengesetzte Richtung dessen weist, was die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes von Rot-Grün erwarten und was unser Land braucht."

Bodo Champignon  
Vorsitzender

Anlage





Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
Fortsetzung 1		<p><u>Begründung:</u>            Die in TG 65 veranschlagten Mittel sollen überwiegend für Maßnahmen zur Wiedereingliederung von Frauen in den Arbeitsmarkt eingesetzt werden. Hierzu gehört die Förderung von Projekten von Maßnahmen zum arbeitsmarktpolitischen Schwerpunkt "Reintegration von Frauen in den Arbeitsmarkt" inclusive auch flankierender Maßnahmen. Es soll eine qualitative Weiterentwicklung arbeitsmarktpolitischer Projekte mit der Erprobung neuer Ideen in der Praxis erfolgen. Für Frauen, die ihre Berufstätigkeit auf familiären Gründen für mind. zwei Jahre unterbrochen haben, können im Rahmen des Wiedereingliederungsprogramms für Berufsrückkehrerinnen berufliche Qualifizierungs-, Motivierungs- und Stabilisierungsmaßnahmen, Nachbetreuung und Praktika gefördert werden. Das Wiedereingliederungsprogramm hat sich als wichtiges Programm für Frauen zur Reintegration ins Arbeitsleben erwiesen und muß in seiner vollen Höhe erhalten bleiben.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja            CDU ja            BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 15 030      Arbeitsmarktprogramme und -maßnahmen (einschl. EU-Förderungen)</p> <p>Titelgruppe 72      Ergänzende Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen</p> <p>Titel 653 72        Zuweisungen an kommunale Träger</p> <p>Baransatz</p> <p>von                    61 625 000 DM</p> <p>Erhöhung um        4 300 000 DM</p> <p>auf                    65 925 000 DM</p> <p><u>Verpflichtungsermächtigung</u></p> <p>von                    86 310 000 DM</p> <p>Erhöhung um        27 060 000 DM</p> <p>auf                    113 370 000 DM</p> <p><u>Änderung der Erläuterungen</u>  Die Erläuterungen zu Titelgruppe 72 werden wie folgt gefaßt:  "Übersicht über die beabsichtigte Verwendung der Ausgabenmittel 1999</p> <p>1.      Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für arbeitslose Sozialhilfeempfänger      62 400 000 DM</p> <p>...                    .....</p> <p>Zusammen                    123 756 000 DM</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
Fortsetzung 2		<p>Übersicht über die beabsichtigte Verwendung der Verpflichtungsermächtigungen 1999</p> <p>1. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für arbeitslose Sozialhilfeempfänger 63 960 000 DM</p> <p>... ..</p> <p>Zusammen 113 370 000 DM</p> <p>Übersicht über die Vorbelastungen aus Bewilligungen...</p> <p>... ..</p> <p>1. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für arbeitslose Sozialhilfeempfänger 53.800.000 6.600.000 3.300 62.400.000</p> <p>... ..</p> <p>Zusammen 85.000.000 38.756.000 5.500 123.756.000 "</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU nein</p> <p>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ja</p>
		<p><b>Begründung:</b></p> <p>Das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" hat sich als ein sehr erfolgreiches Beschäftigungs- und Integrationsprogramm für den Arbeitsmarkt entwickelt. Eine Kürzung würde unweigerlich zu Einbrüchen in der örtlichen Beschäftigungspolitik führen. Die Kürzung des Programms soll deshalb zurückgenommen werden, das Programm auch in 1999 mit 3.300 neuen Förderfällen fortgeführt werden.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	CDU	<p>Kapitel 15 030 Arbeitsmarktprogramme und -maßnahmen (einschl. EU-Förderungen)</p> <p>Titelgruppe 72 Ergänzende Förderung von Arbeitsmaßnahmen, S. 80/81</p> <p>Untertitel 1 Arbeitsmarktbeschaffungsmaßnahmen für arbeitslose Sozialhilfeempfänger (Programm: "Arbeit statt Sozialhilfe"), S. 81</p> <p>Baransatz</p> <p>von 58 100 000 DM</p> <p>Erhöhung um 30 260 000 DM</p> <p>auf 88 360 000 DM</p> <p><u>Verpflichtungsermächtigung</u></p> <p>von 36 900 000 DM</p> <p>Erhöhung um 27 710 000 DM</p> <p>auf 64 610 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u>            Mit dem Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" will das Land eine aktive Arbeitsmarktpolitik unterstützen, die konsequent auf die Finanzierung von Beschäftigung anstelle der Alimentierung von Arbeitslosigkeit setzt. Dieser selbst gesetzte Anspruch ist mit der im Haushaltsentwurf vorgenommenen Kürzung nicht zu erreichen. Von daher ist der entsprechende Haushaltsansatz zumindest auf den Stand des Vorjahres festzusetzen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein</p> <p>CDU ja</p> <p>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 15 030  Titelgruppe 73  Titel 684 73  Baransatz von Erhöhung um auf</p> <p>Arbeitsmarktprogramme und -maßnahmen (einschl. EU-Förderungen)  Modellvorhaben Soziale Wirtschaftsbetriebe und sonstige Modellvorhaben  Zuschüsse an freie Träger</p> <p>19 062 400 DM  3 040 000 DM  22 102 400 DM</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja  CDU nein  BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ja</p>
		<p><u>Änderungen der Erläuterungen</u>  Die Erläuterungen zu Titelgruppe 73 werden wie folgt gefaßt:</p>	
		<p>...  ...  Veranschlagt 1999 18,522 3,580 22,102</p>	
		<p>...  Zusammen 74,822 16,420 91,242 "</p>	
		<p><u>Begründung:</u>  Die Erhöhung der Mittel erfolgt zugunsten des Modellvorhabens Soziale Wirtschaftsbetriebe. Soziale Wirtschaftsbetriebe haben sich als ein sehr erfolgreiches Programm zur Integration in den regulären Arbeitsmarkt entwickelt. Dies gilt es zu sichern und auszubauen.</p>	

Anlage zu Vorlage 12/2476

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	CDU	<p>Kapitel 15 030            Titelgruppe 73</p> <p>Arbeitsmarktprogramme und -maßnahmen (einschl. EU-Förderungen)            Modellvorhaben Soziale Wirtschaftsbetriebe und sonstige Modellvorhaben, S. 82</p> <p>Baransatz            von 19 062 000 DM            Kürzung um 19 062 000 DM            auf 0 DM</p> <p><u>Begründung:</u>            Wie die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in ihrer Stellungnahme zum Entwurf des Landeshaushaltes 1999 richtig angemerkt hat, wird das Programm "Soziale Wirtschaftsbetriebe" nicht abgefragt. Darüber hinaus stellt es strukturell ein zusätzliches Existenzgründungsinstrument neben den Möglichkeiten der Förderung durch das Wirtschaftsministerium dar. Aus diesem Grund sollte das Programm in seiner bisherigen Form nicht weitergeführt werden.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein            CDU ja            BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6	CDU	<p>Kapitel 15 030 Arbeitsmarktprogramme und -maßnahmen (einschl. EU-Förderungen) Förderung von Werkstätten für Behinderte, S. 106</p> <p>Titelgruppe 85 Darlehen an freie gemeinnützige Träger für Baumaßnahmen von Werkstätten für Behinderte und zum Erwerb solcher Einrichtungen in besonderen Fällen</p> <p>Titel 863 85</p> <p>Baransatz von 12 596 300 DM Erhöhung um 903 700 DM auf 13 500 000 DM</p> <p>Titel 893 85 Zuschüsse für die Beschaffung von Einrichtungsgegenständen für Werkstätten für Behinderte in freier gemeinnütziger Trägerschaft</p> <p>Baransatz von 2 827 100 DM Erhöhung um 472 900 DM auf 3 300 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Eine Kürzung zu Lasten der Behinderten ist nicht hinnehmbar, solange eine landesweite Bedarfsdeckung nicht gegeben ist.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD CDU BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p> <p>nein ja nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
7	SPD BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN CDU	<p>Kapitel 15 041 Hilfen für behinderte und pflegebedürftige Menschen</p> <p>Titel 684 19 Zuschuß an die "Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen für Wohlfahrtspflege"</p> <p><u>Baransatz</u> von 39 000 000 DM Erhöhung um 11 000 000 DM auf 50 000 000 DM</p> <p><u>Begründung:</u> Die im Haushaltsentwurf der Landesregierung vorgesehene Kürzung beim Zuschuß für die "Stiftung Wohlfahrtspflege" würde die Stiftung auf den Stand des Jahres 1983 zurückwerfen. Dies ist nicht hinnehmbar. Die Stiftung muß auch weiterhin in der Lage bleiben, ihre wichtige Aufgabe angemessen zu erfüllen. Aus diesem Grund ist eine Wiederherstellung des Ansatzes des Haushaltsjahres 1998 notwendig. Eine Kürzung der aus der Spielbankenabgabe resultierenden Haushaltsmittel ist angesichts der Förderbedarfe in der Alten- und Behindertenhilfe nicht zu vertreten.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ja</p>



Finanzministerium  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlage an den Haushalts-  
und Finanzausschuß des Landtags

Anlage zu den Vorlagen 12/2490 B

- 12/2476
- 12/2477
- 12/2478
- 12/2479
- 12/2480
- 12/2481

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1999

- Einzelplan 15: Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport -

Anlage: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Einzelplan 15:  
Anlage :

Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport  
- Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/ weniger DM	neuer Ansatz DM
15 030	<p>Hinweis zu den einzelnen Titeln: Die Erläuterungen sind, soweit erforderlich und im nachfolgenden Text nicht besonders erwähnt, entsprechend zu ändern.</p> <p><b>Arbeitsmarktprogramme und -maßnahmen (einschließlich EU-Förderungen)</b></p> <p><b>Titelgruppe 65</b> Förderung von Maßnahmen zur Wiedereingliederung von Frauen (Wiedereingliederungsprogramm) in das Erwerbsleben und modellhafter arbeitsmarktpolitischer Projekte</p> <p>Zuweisungen für laufende Zwecke an Gemeinden (GV)</p>	3.283.000	817.000	4.100.000
653 65 253	<p><b>Titelgruppe 72</b> Ergänzende Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen</p> <p>Zuweisungen an kommunale Träger</p>	61.625.000	4.300.000	65.925.000
653 72 253	<p><u>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung:</u> Bisher: 86.310.000 DM Es treten hinzu: 27.060.000 DM neu: 113.370.000 DM</p> <p><u>Änderung der Erläuterungen</u> Die Erläuterungen zu Titelgruppe 72 werden wie folgt gefaßt: *Übersicht über die beabsichtigte Verwendung der Ausgabenmittel 1999 1. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für arbeitslose Sozialhilfeempfänger</p>			
-	Zusammen	123.756.000 DM		

Einzelplan 15: Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport  
 Anlage : - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/ weniger DM	neuer Ansatz DM
(noch 15 030/TGr. 72)	<p>Übersicht über die beabsichtigte Verwendung der Verpflichtungs- errichtungen 1999</p> <p>1. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für arbeitslose Sozialhilfeempfänger 63.960.000 DM</p> <p>... Zusammen 113.370.000 DM</p> <p>Übersicht über die Vorbekalungen aus Bewilligungen ...</p> <p>... 1. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für arbeitslose Sozialhilfeempfänger 53.800.000 8.500.000 3.300 62.400.000</p> <p>... Zusammen 86.000.000 38.756.000 5.500 123.756.000</p> <p><b>Titelgruppe 73</b>  <b>Modellvorhaben Soziale Wirtschaftsbetriebe und sonstige            Modellvorhaben</b></p> <p>Zuschüsse an freie Träger</p> <p>684 73 253</p> <p><u>Änderung der Erläuterungen</u>            Die Erläuterungen zu Titelgruppe 73 werden wie folgt gefaßt:</p> <p>...            ...            Veranschlagt 1999 18.522 3.580 22.102            ...            ...            Zusammen 74.822 16.420 91.242</p>	<p>19.062.400</p>	<p>3.040.000</p>	<p>22.102.400</p>

131

Einzelplan 15:

Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport  
 - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Anlage :

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/ weniger DM	neuer Ansatz DM
15 041	<u>Hilfen für behinderte und pflegebedürftige Menschen</u>			
684 19 299	Zuschuß an die "Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen für Wohlfahrtspflege"	39.000.000	11.000.000	50.000.000
15 060	<u>Landesmaßnahmen für Spätaussiedler, ausländische Arbeitnehmer und deren Angehörige sowie für ausländische Flüchtlinge</u>			
526 62 246	<u>Titelgruppe 62</u> Untersuchungen, Veranstaltungen und Informationsmaßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Eingliederung von Zuwanderern  Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben	400.000	400.000	800.000
684 63 253	<u>Titelgruppe 63</u> Förderung von Maßnahmen und Initiativen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung sowie zur friedlichen Konfliktregelung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf	800.000	400.000	1.200.000
15 760	<u>Zuschüsse für laufende Zwecke an freie Träger</u>  <u>Bibliothekswesen</u>			
653 60 157	<u>Titelgruppe 60</u> Zur Förderung des Bibliothekswesens  Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	5.200.000	440.000	5.640.000

**Einzelplan 15:** Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport  
**Anlage :** - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/ weniger DM	neuer Ansatz DM
15 810	<b>Förderung des Sports</b>			
	<b>Titelgruppe 60</b> Zuwendungen und Sachausgaben zur Förderung des Sports			
893 60 323	Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland, insbesondere für den Bau, die Modernisierung und Erweiterung von Sportstätten	7.308.000	-	7.308.000
	<u>Erhöhung der Verpflichtungsmächtigung:</u> bisher: 5.028.000 DM Es treten hinzu: 1.500.000 DM neu: 6.528.000 DM			
<b>15 820</b>	<b>Förderung der Museen, der Musik, der bildenden Kunst und des Schrifttums</b>			
653 10 189	Zuweisungen an Gemeinden zur Förderung von Einrichtungen zur Organisation überörtlicher kultureller Zusammenarbeit	2.600.000	450.000	3.050.000
685 60 182	<b>Titelgruppe 60</b> Musikpflege und Musikerziehung Zuschüsse an sonstige Träger für Orchester, Musikschulen und Musikpflege	19.858.000	362.000	20.220.000
	<u>Änderung der Erläuterungen:</u> ... 2. Musikschulen 752.000 DM ... 5. Landesmusikakademie 1.040.000 DM ... Zusammen 20.220.000 DM*			

Einzelplan 15: Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport  
 Anlage : - Änderungen bei den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/ weniger DM	neuer Ansatz DM
(noch 15 820)	<b>Titelgruppe 90</b> Allgemeine Kulturförderung und internationaler Kulturaustausch			
685 90	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	1.645.000	110.000	1.755.000
181				
	<b>Titelgruppe 98</b> Förderung der Kunst und Kultur der Frauen			
685 98	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	250.000	250.000	500.000
189				
	<b>Abschluß Einzelplan 15:</b>			
	<b>Einnahmen:</b>	600.046.800	-	600.046.800
	<b>Ausgaben:</b>	2.606.050.200	21.569.000	2.627.619.200
	<b>Verpflichtungsermächtigungen:</b>	796.927.300	28.560.000	825.487.300